

Karl-Josef Burkard, Vorsitzender des VÖBAS e.V.

Zehn Jahre VÖBAS. Zur Entwicklung der ökonomischen Bildung.

Rede auf dem 7. Tag der ökonomischen Bildung am 21.3.2014

Wer ist VÖBAS?

Wir sind ein in Niedersachsen, Bremen und Teilen Nordrhein-Westfalens verbreiteter Verein von Lehrern für Lehrer im Bereich der ökonomischen Bildung. Wir haben uns, wie unser Gründungsmitglied Jochen Puzik in unserem heute erstmals erschienenen VÖBAS Jahresheft berichtet, vor ungefähr zehn Jahren zusammengefunden, um „von der Politik gehört zu werden und Entscheidungen mitzugestalten“, aber auch um uns selbst und anderen durch Vernetzung und Fortbildung zu einem fachlich fundierteren und methodisch vielfältigeren Wirtschaftsunterricht zu verhelfen.

Indem ich in der folgenden Viertelstunde wichtige Wegmarken in der Geschichte von VÖBAS Revue passieren lasse, will ich zugleich einige Entwicklungslinien der ökonomischen Bildung in unseren Bundesländern beschreiben und in die Zukunft verlängern. (hier Gliederung einblenden)

Wo wir herkommen: Gründung als Interessenorganisation von Wirtschaftslehrern an Gymnasien

Die Kolleginnen und Kollegen, die sich am 12.11.2004 zur Gründung des VÖBAS e.V. entschlossen, waren fast ausschließlich Gymnasiallehrkräfte, die sich in den 90er Jahren die Forderung nach einem Fach Wirtschaft am Gymnasium zu eigen gemacht, an mehrjährigen Weiterbildungskursen teilgenommen und an rund 30 niedersächsischen gymnasialen Oberstufen das Wahlfach Wirtschaftslehre aufgebaut hatten. Ende 2004 aber drohte das abrupte Ende dieser recht erfolgreichen Basisbewegung, als der Übergang von G9 zu G8 eine erhebliche Erhöhung der Pflichtstundenzahl und damit eine deutliche Reduzierung der Wahlmöglichkeiten in der gymnasialen Oberstufe mit sich brachte. Weil man dies nicht einfach kampflos hinnehmen wollte, tat man das, was man in einer pluralistischen Demokratie tun muss, wenn man etwas bewegen will: Man gründete eine Interessenorganisation.

Es war also ein ganz spezifisches bildungspolitisches Anliegen, das den Anstoß zur Verbandsgründung gab, auch wenn das unmittelbare Ziel, die Erhaltung und der Ausbau des Wahlfachs Wirtschaftslehre als Prüfungsfach, von wenigen lokalen Ausnahmen abgesehen, nicht erreicht werden konnte. Immerhin gelang es in der Folgezeit, die Wirtschaftslehreangebote an derzeit 17 Schulen zu stabilisieren und Elemente der Wirtschaftslehre im Rahmen des Seminarfachs weiterzuführen. Auch waren die landesweiten Zertifikatskurse zwischen 1998 und 2005 nicht völlig vergebens, insofern die Politiklehrer unter den Wirtschaftslehrern ihre ökonomischen Kompetenzen in das neue Fach Politik-Wirtschaft einbringen konnten. Leider weigert sich die Landesschulbehörde bis auf den heutigen Tag, die übrigens Wirtschaftslehrkräfte in Politik-Wirtschaft-Kursen auf grundlegendem Niveau einzusetzen, obwohl diese in den Jahren 2011 – 2012 an einer auf unsere Initiative durchgeführten „Nachschulung“ in politischer Bildung teilgenommen hatten. Sowohl im Interesse der hoch engagierten Kolleginnen und Kollegen als auch im Interesse der fachlichen Stärkung der ökonomischen Komponente des Fachs Politik-Wirtschaft sollte dieses Problem möglichst bald gelöst werden.

Eine erste Zwischenbilanz

Der hier in aller Kürze geschilderte Fall des Faches Wirtschaftslehre mag aus heutiger Sicht und für die meisten in diesem Raum marginal erscheinen, doch lassen sich daran einige verallgemeinerbare Einsichten gewinnen:

1. Lokale, im Wesentlichen auf das Engagement Einzelner gestützte Initiativen können zwar bedeutsame bildungspolitische Anstöße geben; sie bedürfen aber der institutionellen Absicherung durch Organisationserlasse, Curricula, Qualifizierungssysteme etc., um nachhaltig zu wirken.
2. Lehrerinnen und Lehrer müssen eigene Netzwerke bilden und die Vertretung ihrer Interessen selbst in die Hand nehmen; sie können und dürfen sich nicht auf wohlmeinende Politiker, Verwaltungsbeamte und Großverbände verlassen.
3. Die Verfolgung bildungspolitischer Ziele erfordert einerseits das beharrliche Eintreten für grundlegende Prinzipien und Positionen, andererseits die Bereitschaft, flexibel auf veränderte Rahmenbedingungen einzugehen und pragmatisch die sich bietenden Chancen zu nutzen.
4. Wer etwas ändern will, muss sich selbst ändern, denn er wird mehr oder minder zwangsläufig von den Prozessen vorangetrieben, die er gestalten will. Dieser Prozess vollzog sich im Falle von VÖBAS in mehreren Schritten:

2006/07: VÖBAS trägt den Kompromiss Politik-Wirtschaft aktiv mit

Als sich die damalige Landesregierung 2005 entschloss, das Fach Politik durch verstärkte Integration der ökonomischen Dimension zum Fach Politik-Wirtschaft zu erweitern, haben wir uns dafür eingesetzt, die Bezugsdisziplinen und die Wissensdomänen Politik und Wirtschaft gleichgewichtig in den neuen Curricula zu verankern. Uns war aber schon damals klar, dass die unterrichtliche Realisierung dieser neuen Fachkonzeption mittel- bis langfristig nur gelingen könnte, wenn die angehenden Lehrkräfte in Studium und Referendariat angemessen auf diese anspruchsvolle Aufgabe vorbereitet und den bereits aktiven Kolleginnen und Kollegen umfangreiche Fortbildungs- und Unterstützungsangebote gemacht würden. Auch wenn wir die dabei erreichten Fortschritte dankbar anerkennen, sehen wir noch erheblichen Entwicklungsbedarf: Erstens fehlen, von Oldenburg einmal abgesehen, an den meisten Hochschulen wirtschaftswissenschaftliche Lehrveranstaltungen, welche den spezifischen Bedürfnissen von Lehramtsstudenten gerecht werden, die neben dem Doppelfach Politik-Wirtschaft noch ein weiteres Fach zu studieren haben. Zweitens bringen immer noch Berufseinsteiger aus ihrer bisherigen Ausbildung nur recht begrenzte Wirtschaftskompetenzen mit; für diese Gruppe sollten unbedingt berufsbegleitende Fortbildungskurse angeboten werden, die fachwissenschaftliche Grundlagen zusammen mit einer didaktisch-methodischen Perspektivierung vermitteln.

Im Übrigen stellen wir mit Genugtuung fest, dass die im Zuge der „Weiterentwicklung“ der Kerncurricula erarbeitete neue Fassung des KC Politik-Wirtschaft einerseits an der Eigenständigkeit und Gleichrangigkeit von politischer und ökonomischer Bildung festhält, andererseits aber durch Basiskonzepte einen gemeinsamen Kern des Faches definiert. Nach Jahren zuspitzender und manchmal auch verletzender Polemik sehen wir in dem neuen Kerncurriculum ein solides Fundament für eine Art „Fachfrieden“, der den Wettbewerb um die besten Unterrichtskonzepte nicht ausschließt, sondern ermöglicht.

Allerdings steht uns bei der aktuell diskutierten Rückkehr von G8 zu G9 möglicherweise ein neuer Konflikt ins Haus: Der niedersächsische Philologenverband schlug im Februar in einem eilig her-

ausgegebenen Papier eine Stundentafel für die Sekundarstufe I mit 10 Stunden Geschichte, 9 Stunden Erdkunde und nur 5 Stunden Politik-Wirtschaft vor, was schlicht die vielfältigen Anforderungen ignoriert, welche an das Fach Politik-Wirtschaft herangetragen werden: Demokratieerziehung, Verbraucherbildung, finanzielle Allgemeinbildung, Europabildung, Studien- und Berufsorientierung usw. usf. Mein Vorschlag wäre eine annähernde Gleichverteilung der Stundenanteile bei gleichzeitiger Erhöhung des Anteils der sozialwissenschaftlichen Fächer an der Gesamtstundenzahl.

2008/09: VÖBAS gibt seine regionale Begrenzung auf – die Gründung der Bremer Sektion

VÖBAS war zunächst auf das Land Niedersachsen beschränkt. Dennoch erschien schon zum ersten Tag der ökonomischen Bildung am 4. April 2008 eine beachtliche Zahl Bremer Lehrerinnen und Lehrer, die in der Folgezeit eine eigene Sektion gründeten. Wir haben daraufhin den Bezug auf Niedersachsen in Namen und Satzung unseres Vereins aufgegeben. Auch wenn im Bundesland Bremen die Bedingungen für die ökonomische Bildung relativ günstig erscheinen, stehen die Fachgruppen doch vor großen Herausforderungen: So wird in der Mittelstufe das verbindliche Fach Wirtschaft-Arbeit-Technik nicht selten fachfremd unterrichtet. Auch erweist es sich als schwierig, für das an fast allen gymnasialen Oberstufen unterrichtete Wahlfach Wirtschaftslehre grundständig ausgebildete Lehrkräfte zu gewinnen, so dass vermehrt Quereinsteiger und Berufsschullehrer eingestellt werden müssen. VÖBAS regt daher an, dass Bremen und Niedersachsen, wo teilweise ähnliche Problemen bestehen, länderübergreifend Aufbaukurse Wirtschaftslehre einrichten, welche auch Lehrkräften des Faches Politik-Wirtschaft offen stehen, die ihre ökonomischen Kompetenzen erweitern und vertiefen möchten.

2009: VÖBAS öffnet sich den Haupt-, Real- und Oberschulen

VÖBAS hatte zwar schon bei der Gründung durch die Wahl des Vereinsnamens den Anspruch formuliert, alle Schulformen und Lehrämter des allgemein bildenden Schulwesens zu vertreten, war aber in den ersten Jahren faktisch ein Gymnasiallehrerclub. Das hat sich mittlerweile geändert: Seit 2009 kommen (wie übrigens auch heute) rund 40 % der Teilnehmer der Tage der ökonomischen Bildung aus Haupt-, Real-, Ober- und Gesamtschulen, was sich inzwischen ziemlich genau in der Zusammensetzung unseres Vorstands widerspiegelt. Anders als die übrigen Schulformen haben die niedersächsischen Haupt-, Real- und Oberschulen ein eigenständiges Fach Wirtschaft mit allem, was dazugehört: Kerncurricula, passgenaue Lehrwerke, praxisorientierte Lehramtsstudiengänge, ein flächendeckendes Netz von Fachseminaren und Fachberatern und sogar die Möglichkeit, zusätzlich zu dem obligatorischen Wirtschaftsunterricht Wahlpflichtkurse bzw. Profile einzurichten. Trotz dieser bundesweit einzigartigen institutionellen Rahmenbedingungen besteht kein Grund zum Ausruhen: Noch immer gibt es im Fach Wirtschaft einen viel zu hohen Anteil an fachfremd erteiltem Unterricht. Eine große Herausforderung in Zeiten eines sich verschärfenden Fachkräftemangels stellt auch der Übergang von der Schule in eine berufliche Ausbildung dar, der allzu oft in einer Warteschleife endet. Deutschland kann und darf aber sich aus sozialen, ökonomischen und politischen Gründen kein Heer von Bildungsverlierern und Ausgegrenzten leisten!

2012: VÖBAS wird erstmals in NRW aktiv

Es sind stets spezifische Konflikt- und Problemlagen, welche das Bedürfnis kollektiver Interessenwahrnehmung hervorrufen. So auch im Fall des Modellversuchs Wirtschaft an nordrhein-westfälischen Realschulen: Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte im Jahre 2010, noch kurz vor ihrer Abwahl, einen Modellversuch zur Erprobung eines eigenständigen Faches Wirtschaft an Realschulen auf den Weg gebracht. Die Resonanz war überwältigend: 70 statt der ursprünglich geplanten 30 Schulen nahmen an dem auf drei Jahre befristeten Modellversuch teil, entwickelten Unter-

richtspläne, organisierten Fortbildungen, bildeten lokale Netzwerke. Die neue Landesregierung stand dem Vorhaben allerdings von Anfang an reserviert gegenüber und ließ schon bald durchblicken, dass sie an einer Verlängerung des Projekts nicht interessiert war. Eine Gruppe von Kolleginnen und Kollegen aus dem Raum Münster wollte das sich abzeichnende Aus für den Modellversuch nicht hinnehmen und organisierte in Zusammenarbeit mit VÖBAS und dem IÖB Münster am 20.11.2012 ein Forum Ökonomische Bildung, dessen Forderungen in ein Zehn-Punkte-Papier einmündeten, das zahlreiche Unterstützer fand. Eine Ende 2013 durchgeführte Expertenanhörung im NRW-Landtag ergab zwar erwartungsgemäß ein gespaltenes Meinungsbild; es zeichnete sich aber ab, dass das Schulministerium nicht umhin kommen würde, die ökonomische Bildung an den Realschulen in irgendeiner Form zu stärken. Tatsächlich wurde vorgestern im Schulausschuss des NRW-Landtags das (neue) Wahlpflichtfach "Politik/Ökonomische Grundbildung" angekündigt, das alle Realschulen ab dem kommenden Schuljahr anbieten können. Diese Lösung ist aus unserer Sicht unbefriedigend, da sie deutlich hinter die Regelungen des Modellversuchs zurückfällt. Wohlwollend könnte man aber sagen, dass die bisherige Arbeit nicht ganz umsonst war.

Schluss

Am Fall des Wirtschaftsunterrichts an nordrhein-westfälischen Realschulen zeigt sich erneut, wie mühevoll und langwierig der Weg von der leicht daher gesagten generellen Einsicht, dass ökonomische Bildung unverzichtbarer Bestandteil allgemeiner Bildung sein müsse, bis zu ihrer verbindlichen Umsetzung in Organisationserlassen, Curricula, Unterrichtskonzepten, Lehramtsstudiengängen, Fortbildungs- und Unterstützungsstrukturen ist. Für solche langfristig angelegten bildungspolitischen Vorhaben bedarf es mehr als einmaliger Unterschriftensammlungen, mehr als hochglänzender Broschüren, mehr als schöner Reden, sondern der Organisation in Netzwerken und Verbänden wie VÖBAS, die „mit Leidenschaft und Augenmaß“ die sprichwörtlich „dicken Bretter bohren“: Ohne das leidenschaftliche Eintreten für die einmal als richtig erkannte Sache könnte man die Mühen der Ebene mit ihren Durststrecken und Rückschlägen nicht aushalten; ohne Augenmaß aber liefe man Gefahr, das jeweils Mögliche zu verkennen und zu verfehlen. Und deshalb werden wir weiterhin mit unseren begrenzten Kräften Politik und Verwaltung kritisch und konstruktiv begleiten und Tagungen wie diese organisieren, um Kolleginnen und Kollegen zu fachlichem und fachpolitischem Austausch zusammenzubringen.

Ich danke allen Referentinnen und Referenten, allen Mitwirkenden und Herrn Henke und wünsche uns allen einen erfolgreichen 7. Tag der ökonomischen Bildung.